

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **31 (1937)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

einen solchen verhindert worden ist, scheint die Arbeiterbewegung trotz allem einen neuen Aufschwung zu nehmen.

8. Und der Kampf gegen die *Kirche* ist für das Hitler-Regime (indirekt auch für den Faschismus) viel gefährlicher, als es scheinen möchte. Ob Hitler das äußerste wagen wird, ist darum noch nicht sicher. Vorläufig hat *Göbbels* in der „Deutschlandhalle“ in Berlin die ganze Macht seines schmutzigen Maules eingesetzt. In den Rheinlanden ist es zu Klosterschließungen gekommen. Es ist den Klöstern verboten, Novizen unter 18 Jahren anzunehmen. Die katholischen Krankenhäuser werden staatlich überwacht. Dem Caritas-Werk ist das öffentliche Sammeln verboten. In Essen wird die Druckerei von 200 katholischen Zeitungen geschlossen. In der ostpreussischen Stadt Heilsberg wird eine Fronleichnamsprozession von Nazis überfallen und mißhandelt. In Mannheim versucht man zu Pfingsten, eine romfreie nationalkatholische Kirche zu gründen. Pfarrer der protestantischen Bekenntniskirche aber werden verhaftet, Dibelius und Niemöller dürfen nicht zu der ökumenischen Konferenz in Oxford. Hinwieder demonstrieren in Köln gewaltige katholische Massen bei verschlossenen Türen für die Kirche.¹⁾

Der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein.

Zürich, 14. Juni 1937.

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Zur Chronik.

I. Weltpolitisches. Für *Palästina* erwartet man eine Entscheidung der englischen Regierung über das Verhältnis zwischen Arabern und Juden. Es sei eine Teilung beabsichtigt (*Divide et impera!*) in dem Sinne, daß die westliche, dem Meere zu gelegene Hälfte des Landes, nebst der Ebene *Jesreel* („*Emek*“) den Juden, die östliche, das jenseits des *Jordans* gelegene Land inbegriffen, den Arabern zugeteilt, die heiligen Stätten aber, nebst *Haifa*, neutralisiert würden. Das jüdische Gebiet, wie das neutralisierte, blieben englisches Mandat, das übrige Land würde dem Emir von *Transjordanien* unterstellt. — Mit dieser Lösung wären — wie mir scheint mit Recht — weder Juden noch Araber zufrieden. Gottlob hängt *Zion* nicht wesentlich von solchen Entscheidungen ab.

In *Irland* ist das Abgeordnetenhaus (*Dail Eireann*) aufgelöst worden und es finden Neuwahlen statt. Bei der Krönungsfeier war Irland nicht vertreten. Dafür hat man bei diesem Anlaß in *Dublin* ein Attentat auf die Reiterstatue des Königs *Georg II.* verübt.

In *Belgien* ist mit vieler Mühe ein Amnestiegesetz durchgesetzt worden, das

¹⁾ Wie es sich mit dem schmutzigen Geschrei über die Sexualverbrechen der Priester verhält, zeigt folgende Statistik: Von 21,461 Weltgeistlichen sind 49 angeklagt worden. Davon sind 21 verurteilt (ob mit Recht?), 28 noch in Untersuchungshaft. Von 4174 Ordenspriestern sind 9 angeklagt. Auf 25,634 Priester kommen also 58 Anklagen, auf 500 Priester eine, also $\frac{1}{4}$ %.

den flämischen Aktivisten, d. h. den Leuten, die mit Hilfe der deutsch und selbstverständlich zu deren Vorteil den flämischen Teil vom übrigen Belgien losreißen wollten, besonders deren Führer Borms, im wesentlichen ihre bürgerlichen Rechte zurückgibt. Darüber viel begreifliche Aufregung im Lande. Sympathien kann man für solche Leute nicht haben.

II. Deutschland. Die Sprüche des „deutschstämmigen“ (ein schön klingendes Wort!) *Erzbischof Mundelein* von Chicago haben dem Dritten Reich keine Ruhe gelassen. „Sechzig Millionen Menschen sind aus Angst zu Sklaven eines österreichischen Tapeziersers, und zwar eines schlechten Tapeziersers, geworden.“ (Es ist burlesker amerikanischer Stil.) Aber in Amerika verbindet man den Menschen nicht den Mund, und wenn Roosevelt es auch könnte, täte er's in diesem Falle doch nicht.

Und nun hat sich zu Mundelein noch gar der bekannte Senator *Borah* gefellt, der, bisher ein sicherer „Deutschenfreund“, sich mit großer Heftigkeit gegen den Nationalsozialismus wendet, der noch schlimmer sei als der Kommunismus. Nun ist der vorher Vielgelobte natürlich in brüllender Ungnade.

Mussolini aber ist nun in Ehren; er bekommt das Großkreuz des Deutschen Adlers. Das wird er wohl auf den Laufanner Doktorhut stecken.

Für den Besuch der *Weltausstellung* in *Paris* werden *Erschwerungen* geschaffen.

Die *rheinisch-westfälischen* Industriearbete haben an die Regierung eine Denkschrift über die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches gerichtet, welche diese in sehr düstern Farben schildert. Sie habe großes Entsetzen erregt.

Der *Terror* nimmt wieder zu, ein Zeichen mehr, wie brüchig das Regime geworden ist. Eine Reihe von jüngern, zum Teil blutjungen Männern und Frauen sind wieder wegen „Hochverrat“, d. h. wegen Opposition gegen das Regime, die sich etwa in „illegaler“ Arbeit äußerte, entweder dem Scharfrichter verfallen oder zu vieljährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Schon das Anhören des Senders 29,8 kann mehrjährige Zuchthausstrafe zur Folge haben. Die Verhaftungen von Sozialdemokraten und Kommunisten häufen sich zu Massen.

Zwei Fälle sollen besonders genannt werden: Doktor *Hirschberg* in Berlin, ehemaliger Landrat, Jude, wird wegen illegaler Arbeit angeklagt. Er bekennt sich stolz dazu, froh, damit bewiesen zu haben, daß der Sozialismus für ihn nicht bloß eine Sache der Konjunktur gewesen sei. Das imponiert sogar den Männern dieses „Volksgerichtes“, sie verurteilen ihn „nur“ zu drei Jahren Gefängnis. Aber nach einigen Wochen wird er im Gefängnis totgeschlagen.

Etwas dunkel ist der Fall *Hellmuth Hirsch*. Er sei in der Tschechoslowakei zu einem Attentat auf Streicher angestiftet und dann verraten worden. Einige wollen sogar Otto Straßer, den bekannten Führer der „Schwarzen Front“ mit beidem belasten, was sicher eine arge Verleumdung ist. Die Anstifter und Verräter waren wohl Gestapo-Agenten. Der blutjunge Mensch ist vom Scharfrichter geschlachtet worden.

Auch ein Mann wie *Ernst Niekißch*, dem es an nationalem Bewußtsein am wenigsten fehlt, der aber auf seine Art ein selbständiger Geist ist, wird wegen „Hochverrat“ angeklagt.

Aus Angst vor der Wahrheit ist eine sorgfältige „Ueberwachung“ des Luft-raumes“ angeordnet worden. Aber die Wahrheit wird durch keine Luftpolizei arretiert.

III. Friedensbewegung. In Zürich ist ein wahrhaft großartiges antimilitaristisches Stück des tschechischen Dichters und Schriftstellers *Capeck*: „Die weiße Krankheit“ aufgeführt worden, das bei dem Gedanken einsetzt, daß alles Heilenwollen des Arztes sinnlos sei, wenn man nicht den Krieg abschaffen wolle, das aber noch weit über diesen Ansatzpunkt hinausgeht. Wenn es im Herbst wieder erscheint, dann gehet hin!

IV. *Sozialistisches*. Max Adler ist gestorben, der bekannte Vertreter eines Marxismus, der diesen mit dem Kantianismus verbinden, also fozufagen idealisieren wollte und Verfasser vieler wertvoller Schriften. Ein edler, lauterer Mensch und, als Jude, ein Zurückgesetzter, der nie Professor Ordinarius werden durfte.

Es seien noch die Verhandlungen der holländischen Sozialdemokratie über die Militärfrage nachgetragen, die auf einem Parteitage zum Abschluß kamen.

Interessant ist die Entscheidung mit der „bedingungslosen“ Kapitulation der *Schweizerischen* Sozialdemokratie vor unserem Militarismus zu vergleichen. Das Sekretariat der Zweiten Internationale berichtet:

„Es wurde eine spannende Auseinandersetzung. Den Standpunkt der Kommissionsmehrheit vertrat J. W. *Albarda* im Namen des Parteivorstandes, der sich diesem Standpunkt angeschlossen hatte. Den Gesichtspunkt der Minderheit verfocht Dr. W. *Banning*. Außerdem nahmen einige zwanzig Delegierte der Ortsgruppen an der Diskussion teil. Das Ergebnis war, daß der Vorschlag der Mehrheit mit 1509 Stimmen gegen 328 angenommen wurde.

Der Beschluß des Parteitages lautet:

Entschiedene Mitwirkung an der Stärkung des Völkerbundes als Organ der internationalen Rechtsordnung. Durchführung der Völkerbundsverpflichtungen zwecks Verwirklichung der kollektiven Sicherheit. Entscheidung von Streitfällen mit anderen Mächten durch Gerichtsbarkeit oder Schiedsverfahren. Öffentlichkeit der Verträge und Uebereinkommen und Sicherung der parlamentarischen Kontrolle über die Außenpolitik. Förderung einer gerechten Lösung der internationalen Wirtschafts-, Kolonial- und Territorialprobleme sowie der Revision der Friedensverträge durch friedliche Vereinbarungen.

Förderung der Verwirklichung eines internationalen Abrüstungsabkommens und der Schaffung einer bewaffneten Macht des Völkerbundes zwecks Aufrechterhaltung der internationalen Rechtsordnung. Solange diese Ziele nicht erreicht sind, Aufrechterhaltung einer holländischen Wehrmacht, die geeignet ist zur Durchführung der Völkerbundsverpflichtungen, wozu auch die Verteidigung des Landes und seiner überseeischen Besitzungen mit Unterstützung anderer Mächte im Rahmen der kollektiven Sicherheit, sowie die Verteidigung mit Hilfe anderer Mächte ohne Unterstützung des Völkerbundes gehört. Die Aufrechterhaltung dieser Wehrmacht darf nicht zu einer Einschränkung der Vorfrage hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes führen.

Sicherung der Treue der Wehrmacht gegenüber den demokratischen Staatseinrichtungen. Weitere Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht zwecks Einschränkung der Berufsmilitärs in der Land- und Seemacht. Verbot der privaten Waffenerzeugung. Erweiterung der Enthebung von der Militärdienstpflicht aus ernsthaften Gewissensgründen.

Nach dem Beschluß erklärte der Wortführer der Minderheit, daß diese der Partei treu bleibe. Sie forderte nur für ihre Mitglieder das Recht, ihre abweichenden Ansichten weiterhin zu vertreten, versprach aber, von diesem Recht keinen die Partei schädigenden Gebrauch zu machen. Der Parteivorstand erklärte, daß er der Minderheit keinen Zwang auferlegen wolle, aber auf ihre Loyalität zähle.“

V. *Kirche und Religion*. 1. *Protestantismus*. Der Generalstabschef der Heilsarmee wird von deren Generalin, Evangeline Booth, der genialen Tochter der genialen Eltern Charles und Katharine Booth wegen „sittlicher Verfehlungen“ kurzerhand und öffentlich abgesetzt.

Das Federal Council of the Churches, d. h. der Ausschuß des amerikanischen Kirchenbundes erklärt bei Anlaß der Verweigerung der Pässe an die deutschen Kirchenmänner für den Besuch der ökumenischen Konferenzen in Oxford und Edinburg das Dritte Reich als „Feind des Christentums“.

In dem berühmten „Call to religion“ („Ruf zur Religion“) des Erzbischofs von Canterbury, der immer noch zu reden gibt, findet sich der Satz: „Gott wird nicht sowohl gelegnet als im Trubel vergessen“ (crowded out). Das gilt nicht nur für England.

Das Bernische Obergericht hat die beiden Vertreter der *Ernststen Bibelforscher* Harbek und Zürcher auf die Klage eines gewissen dafür wenig legitimierten Tödtli hin wegen Herabwürdigung der Religion verurteilt — für jeden Kenner dieser Bewegung und der Religionsgeschichte ein offenkundiges Fehlurteil. Wenn alle scharfe religiöse Polemik als „Herabwürdigung der Religion“ verurteilt werden dürfte, dann fänden weder die Bibel, noch Zwingli, noch Calvin Gnade. Es ist ein schlechtes Zeichen, wenn eine „Religion“ wegen solcher Polemik zum Kadi läuft.

Die *Evangelische Bezirksynode* von Olten hat sich dem Protest des baselländischen Pfarrkonvents gegen die *De jure-Anerkennung* der Vergewaltigung Abessinians angeschlossen, was sehr erfreulich ist.

2. *Katholizismus*. Wegen *Mundeleins* Ausprüchen über Hitler wird auch der Vatikan angegangen. Es wird verlangt, daß deren „Unrichtigkeit“ erklärt werde. In der Tat mit Recht. Denn Hitler ist doch nicht ein Tapezierer, sondern ein Anstreicher gewesen und es wäre zu beweisen, ob er ein „schlechter“ gewesen sei. Schade, daß man sich im Vatikan dieser Aufgabe entzogen und nicht Mundelein wenigstens getadelt hat, daß er aus einem Anstreicher einen Tapezierer gemacht habe. Schade! Das ist ja alles weltgeschichtlich bedeutsam.

3. *Andere Religionen*. Die von Dr. Ambedkar geleitete Freiheitsbewegung der *indischen Parias* ist im Begriffe, eine Religion zu wählen. Sie schwankt zwischen der Shik-Religion, dem Islam und dem protestantischen Christentum.

VI. *Natur und Kultur*. In *Marokko* herrscht furchtbare Dürre. Alle Quellen versiegt. 500 000 Menschen müssen durch die Regierung erhalten werden.

Alfred Adler ist gestorben, einer der Hauptvertreter der Psychoanalyse, von dessen besonderer Theorie namentlich der „Minderwertigkeits-Komplex“ Gemeingut geworden ist.

In England plant man eine Erleichterung der *Ehescheidung*. Es soll z. B. auch unheilbare Krankheit eines der Ehegatten als Scheidungsgrund gelten dürfen und das Verwandtschaftshindernis etwas gelockert werden.

Die südafrikanische Universität in Kapstadt hat zum ersten Male einem Schwarzen, und zwar einem Bantu-Neger, Rev. John Dube, den Ehrendoktor verliehen.

16. Juni 1937.

Zur schweizerischen Lage.

Beginnen wir diesmal mit dem *Guten*. Von diesem das Beste ist wohl der endgültige Fall des sog. *Ordnungsgesetzes*. Nachdem auch die nationalrätliche Kommission seine Dringlichkeit abgelehnt hätte und ein Versuch, sie doch durchzusetzen, gescheitert war, traten ihre wärmsten Befürworter, zu denen vor allem die Katholisch-Konservativen gehörten, den Rückzug an. Sie wußten, daß nun auch der Nationalrat als Ganzes die Dringlichkeit nicht anerkennen werde, und daß, wenn dann die Volksabstimmung käme, eine furchtbare Niederlage und Blamage sicher sei. Der Rückzug wurde, wie üblich, maskiert und zwar mit der Erklärung, ein nahes Zusammentreffen dieser Abstimmung mit der über das neue eidgenössische Strafrecht könnte diesem schädlich sein. Auch enthalte dieses ja Bestimmungen, die das Ordnungsgesetz zum großen Teil überflüssig machten. Daß sie selbst Gegner des neuen Strafrechtes sind, störte die Herren nicht weiter. Wohl aber haben sie darin recht, daß Lex-Häberlin-Eier auch in dieses Machwerk gelegt worden sind und daß man schon deswegen wünschen muß, es werde mit Wucht verworfen. Denn was auch etwa Gutes sonst darin sein mag, es wird durch solche Kuckuckseier verdorben. Solche Ausnahmeparagraphen sind eine Aufhebung des Rechtes, und ein Gefetzbuch, das damit verziert ist, ist damit auch gerichtet. Jetzt ist auf *dieser* Linie der Kampf um das Recht zu führen, und dieser ist jetzt die große Hauptsache. Daß mit dem Fall des Ordnungsgesetzes unsere Wachsamkeit nicht nachlassen darf, zeigte

das Votum des selbstverständlich von seiner Niederlage nicht begeisterten Bundesrates Baumann, daß man fortfahren werde, auf Grund des § 102 der Verfassung (nämlich des halben!) zu regieren wie bisher. Diese großen und kleinen Magistrate haben halt Blut geleckt und lassen sich nicht gern mehr dreinreden.

Man wird zum Guten auch die fast einstimmige Ablehnung der auf das Verbot der *Freimaurerei* zielenden Initiative durch den Nationalrat rechnen dürfen. Denn hinter dieser Initiative stehen dunkle Mächte. Und wohin käme man mit solchen Verboten? Daß die Freimaurerei, deren Kern durchaus edel und lauter ist, da und dort zu einer Protektionswirtschaft geführt hat und daß geheime Verbindungen in einer wirklichen demokratischen Volksgemeinschaft nicht erwünscht sind, bleibt freilich bestehen. Nur gibt es solcher Protektionsapparate noch viele, und sie werden nicht durch Verbote zerstört werden können, so wenig wie allerlei im Geheimen wirkende Mächte. Im übrigen hat die Initiative meines Erachtens viel Aussicht, vom Volke angenommen zu werden — was Herr Duttweiler offenbar auch weiß.

Damit bin ich leider mit dem zu meldenden unzweideutig Guten, das dazu aus dem sittlichen *Willen* stammt, schon fertig. Denn die Abnahme der *Arbeitslosigkeit* um 20 000 gehört auf ein anderes Blatt. Und wenn ich mich auch darüber freue, daß die Erklärung des *Rhätoromanischen* zur vierten Nationalsprache nun beschlossene Sache ist, womit ja nur eine sehr offenkundige Tatsache anerkannt wird, so meine ich doch, ein großes Wesen sollte man daraus nicht machen, daß das endlich geschehen ist. Dem Rhätoromanischen wünsche ich allerdings Leben und Gedeihen. Sein Verschwinden wäre ein ganz schwerer Verlust. Daß es nur 40 000 Menschen sind, welche diese eigenartige, kraftvolle und edle Sprache reden, kommt nicht in Betracht; denn in solchen Dingen gilt nicht das Quantum.

Diesem im einen oder andern Sinn Guten steht leider allerlei Ungutes, ja Böses gegenüber. Die Freude über den Fall des Ordnungsgesetzes wird leider mehr als aufgewogen durch die Annahme des genferischen *Kommunistengesetzes*. Und zwar auch durch die Arbeiterchaft. Denn diese, welche bei den letzten großen Wahlen doch zirka 16 000 Stimmen aufbrachte, hat nun bloß 8000, also nur die Hälfte, mobilisiert, gegen 14 000 der Gegner. Das ist nun, besonders nach dem Neuenburger Ergebnis, völlig katastrophal. Es ist der Zusammenbruch des Sozialismus. Ganz nichtig, unritterlich und unfair ist es, die Schuld an diesem Ergebnis Nicole aufzubürden, welches immer auch seine Fehler seien. Dieses Ergebnis ist die Folge davon, daß man durch die Kapitulation vor dem Militarismus und die Flucht in die Richtlinienbewegung den sozialistischen Glauben und die sozialistische Begeisterung ausgelöscht und dem Sozialismus das Rückgrat gebrochen hat, und es ist im besonderen auch eine Wirkung der Gewerkschaftspolitik mit ihrem Mitmachen der Kommunistenhetze. Wenn die Gewerkschaftsleitung wie die Partei (die ihrerseits wacker in Nicolehetze gemacht hatte) im letzten Augenblick sich besonnen haben, und zwar schon vor den Neuchâtelers Vorgängen, so ist das alles zu spät gewesen. Das Beil war zu weit geworfen worden, als daß man es wieder hätte holen können. Weitere Früchte der Untreue werden sicher nicht ausbleiben. Und nun erleben wir also, daß in Genf die politische Richtung einer der großen Völkerbundsmächte verboten ist.¹⁾ Auch enthält das Gesetz noch allerlei Vorkehrungen für andere Verbote, aber sicher nicht solche nach rechts. Wenn alle Vereinigungen mit internationalen Zusammenhängen aufgehoben werden können (Gewerkschaften, Frauenliga!), so wird sich diese Bestimmung sicher nicht gegen die der Herren Oltramare und Aubert

¹⁾ Ob Stalins neueste Untaten auf die Genfer Entscheidung einen Einfluß gehabt haben, bleibe dahingestellt; das Ergebnis der Neuchâtelers Abstimmung ist auch ohne diesen Einfluß zustande gekommen.

Ich muß hier noch eine Berichtigung anbringen: Der sozialistische Nationalrat *Rosset* hat nicht, wie aus irreführenden Zeitungsberichten hervorzugehen schien, eine gegen die Kommunisten, seine Gegner, besonders *loyale*, sondern eine besonders *feindliche* Rolle gespielt.

kehren. Und nun wird kein Halten sein. Die Waadt wird rasch nachfolgen, dann vielleicht Freiburg (gibt es dort wohl einen einzigen Kommunisten?), dann die deutsche Schweiz, vielleicht die Schweiz als Ganzes. Trotzdem: die Schlacht ist noch nicht aus, die Hoffnung nicht geschwunden.

Worauf die ganze Bewegung wirklich zielt, zeigt der Fall des Professors *Corswant* am Gymnasium in La Chaux-de-Fonds, dessen Lehrtätigkeit auf Grund jenes Kommunistengesetzes unter nichtigen Vorwänden über Nacht verboten worden ist, trotzdem er Sozialdemokrat ist. Man darf eben nicht vergessen, was es für die Befürworter solcher Gesetze bedeutet, ein „Kommunist“ zu sein. Wie vor hundertundvierzig Jahren jeder ein „Jakobiner“ war, der dem „Gnädigen Herrn“ von damals nicht gefiel, so ist heute jeder ein „Kommunist“, der den neuen Herren und dazu den Spießern nicht paßt.

Auch der in Form von *Polizeiaktionen* geführte Kampf für die Faschisierung der Schweiz, die Unterstützung der antidemokratischen Mächte und Bekämpfung der demokratischen geht weiter. Eine ihrer Früchte war das Verbot des „*Freien Deutschland*“, eines in *Brüssel* (!) erscheinenden keineswegs kommunistischen Organs der deutschen Opposition. Die *Postverwaltung* aber hat eine Erklärung herausgegeben, die auf „deutsch“ lautet: „Wir selbst verletzen von uns aus das Postgeheimnis nicht, wir tun es aber auf Befehl der Polizei.“

Die in die Kategorie des „Anschlusses an den faschistischen Block“ gehörende de-jure-Anerkennung der Vergewaltigung Abessinien ist im Ständerat zur Verhandlung gekommen. Der baslerische Sozialdemokrat Wenk beantragte, natürlich völlig ohne Erfolg, einen Tadel Mottas. Dieser, darob sittlich empört wie oft am falschen Orte, tat Sprüche, die seiner würdig sind und betonte besonders das wundervolle Verhältnis, das nun zwischen der Schweiz und Italien bestehe und die Vorteile, die man von seiner Haltung habe. (Sind es auch genau dreißig Silberlinge?) Wenn ich nicht irre, fiel auch das Wort von einer „Erhellung“ der Lage, die das Verhalten der Schweiz (das nach Ungarn, Albanien und anderen Staaten habe kommen „*müssen*“!) geschaffen worden sei. „Wehe denen, die aus Finsternis Licht und aus Licht Finsternis machen.“ (Jes. 5, 20.)¹⁾

Motta hat dem Papst zum 80. Geburtstag „als Sprecher des Schweizervolkes“ gratuliert. Der Papst hat ihm zum Dank dafür „die Fülle göttlicher Erleuchtung und Gnade“ gewünscht. Dem schließt sich die große Mehrheit des Schweizervolkes an und erwartet als erste Frucht solcher Erleuchtung den Rücktritt Mottas von einem Posten, auf dem er das Land so schwer schädigt.

¹⁾ Inzwischen hat sich in Bezug auf die Opposition gegen das Regime Baumann-Motta-Stämpfli eine unerwartete Entwicklung vollzogen, über die nicht erst das nächste Mal berichtet werden darf. Auch im *Nationalrat* ist die *De jure-Anerkennung des Abessinienraubes* zur Verhandlung gekommen. Ihr Hauptsprecher war der Sozialdemokrat Meierhans. Er fand von verschiedenen Seiten lebhafte Unterstützung, während nur der beinahe Ex officio-Verteidiger des Bundesrates, Nationalrat Oeri, eine matte Lanze für Motta einlegte. Wenn von 187 Mitgliedern des Rates nur 84 für diesen stimmten, und zwar diese keineswegs alle, weil sie Mottas Politik billigten, 56 aber dagegen, so bedeutet das eine ganz schwere Niederlage Mottas. Noch größer war die Baumanns (und Stämpflis), als es sich um die *Bundesanwaltschaft* und besonders die Handhabung des *Postgeheimnisses* durch diese handelte. Hier fand sich kein ernsthafter Verteidiger und standen zuletzt nur 68 Ja-sager (sicher auch nicht begeisterte) 53 Nein-sagern gegenüber. Man mag in beiden Fällen fragen: „Warum nicht einmal ganze Arbeit tun und diese Herren völlig desavouieren, die Rehabilitation vor dem Welturteil wichtiger nehmend als den Zorn Mussolinis?“ Soweit sind wir noch nicht; daß es aber doch zu einer Schilderhebung gegen die bundesrätliche Preisgabe der Schweiz und der Demokratie kommen könnte, ist eine große Herzstärkung und eine Verheißung für *mehr*.
19. Juni.

Um vorläufig noch beim Schlimmen zu bleiben — ungern genug —, so ist noch hinzuzufügen, daß die völlige *Militarisierung* mit raschen Schritten vorwärts geht. Zu den Bewegungen der Nationalen Wehraktion und des obligatorischen militärischen Vorunterrichtes gefellt sich eine Erklärung der *Pfadfinder-Gruppe* der Ostschweiz, welche die beiden Leiter Thalmann und von Orelli in der Presse abgegeben haben und welche das vollständige Einschwenken auch dieser Bewegung in die Militarisierung und Verstaatlichung der Jugend bedeutet. Damit ist, sehr zu unserem Leidwesen, ein Mißtrauen befestigt, das gegen die Tendenzen der Leitung des Pfadfindertums in unseren Kreisen stets vorhanden war. Oder wird es wirksam Opposition geben?

Nicht zufrieden mit dem Obligatorium des militärischen Vorunterrichtes und allem andern, fordert nun auch die in Aarau versammelte Schweizerische Offiziersgesellschaft die *Verlängerung der Rekrutenzeit auf ein Jahr*. Der Moloch wird nie satt.

Und die *Verdunkelung*, das *Symbol* dieser Entwicklung, geht ihren Weg, ohne Widerstand zu finden, einige „Einzelne“ ausgenommen. Die unbedingt schützende *Gasmask*e vollendet dieses Werk der Finsternis. Der Schreibende gehört zu jenen „Einzelnen“.

Das Gebiet des offenkundig Bösen verlassen wir und treten in das Zwielicht der Mitte zwischen Gut und Böse, wenn wir von der *Richtlinienbewegung* berichten. Diese hat in der Berichtszeit durch die Verhandlung über sie am *Freisinnigen Parteitag* in Luzern eine Belebung erfahren. Hier wurde das Auftreten des „Ministers“ *Stucki* zu einer Sensation und Ursache starker Erregung. Stucki warf dem Freisinn mit etwas temperierten Worten Stagnation und Verblendung vor. Er wolle nicht sehen, daß er für seine Mehrheit im Bundesrat keine Mehrheit im Volke mehr hinter sich habe. Er wolle nicht zugeben, daß die Bekehrung der Arbeiterschaft zum Patriotismus, zu der Landesverteidigung und der Demokratie größtenteils *echt* sei. „Die Lohnarbeiterschaft steht heute auf nationalem und demokratischem Boden.“ „Die schweizerische Arbeiterschaft hat den Traum: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! ausgeträumt.“ Es gilt, mit ihr in ein Verhältnis zu kommen. Freilich nicht etwa, halb sozialistisch zu werden. Die Klassenkampfidée ist abzulehnen. Das Privateigentum soll bestehen bleiben. Die Wirtschaft ruht auf dem Individuum. „Der Staat ist nicht in der Lage, allen Volksgenossen genug Einkommen sicherzustellen.“ Und so fort.

Diese offenbar ganz bolschewistisch revolutionären Äußerungen also schufen große Erregung. Die Welschen erklärten sofort und wiederholten das später auf ihrem Parteitag, daß sie einer Erweiterung der Basis nach links den bewährten Zusammenschluß mit den Bauern und Katholisch-Konservativen vorzögen. Die Sache wurde vorläufig den Sektionen übergeben und eine Amphibien-Resolution gefaßt. Der Revolutionär aber sah sich veranlaßt, hinterher eine beruhigende Erklärung abzugeben. Er habe doch nicht gemeint, man solle, wenn man die Basis nach links erweitere, etwas von ihr nach rechts hin abbröckeln lassen; es gelte bloß, die Basis *breiter* zu machen. Auch liege ihm die frevelhafte Absicht ferne, etwa den heutigen Bundesrat verdrängen zu wollen. Er solle nur auf neun Mitglieder vermehrt werden, wobei die zwei neuen den „Linken“ abzutreten wären. Er selbst wolle um keinen Preis hinein.

Die Absicht dieser Taktik Stuckis ist so klar als möglich. Es soll durch Gewinnung eines Teiles der Arbeiterschaft die bürgerliche Mitte verstärkt, die bürgerlich-kapitalistische Herrschaft gerettet, die sozialistische Arbeiterbewegung aber für immer vernichtet werden. Die ganze tödliche Gefahr der Richtlinienbewegung für den Sozialismus tritt so deutlich hervor, daß jedes Kind sie sehen müßte. Aber die Sozialdemokraten sind eben keine Kinder; sie wollen in den Bundesrat und in allerlei Regierungsräte. Sie erheben keinen Widerspruch, wenn die internationale Verbundenheit des Proletariats als ausgeträumter Traum bezeichnet wird. Sie nehmen es ruhig hin, wenn erklärt wird: „Der (freisinnige) Parteitag freut sich, daß

große Kreise unseres Volkes, besonders der Arbeiterschaft, sich heute zu den Grundprinzipien unserer Staatspolitik bekennen, die unsere Partei immer vertreten und hochgehalten hat.“ Ja, sie regen sich auf, daß die „Neue Zürcher Zeitung“ und der „Bund“ ihnen nicht um den Hals fallen wollen. Und sie senken demütig das Haupt, wenn man erklärt, die Bekehrung der Arbeiterschaft zu Vaterland und Demokratie sei vielleicht nicht ganz erheuchelt, aber man müsse noch eine Weile auf dem Bußbänkchen sitzen. Man bedenke, was geschah, wenn noch vor ein paar Jahren aus der Mitte der Partei, von Leuten, die ihr Herzblut für die Sache des Sozialismus hergegeben, eine bescheidene Kritik an der Partei geübt wurde! Dabei tun sie sich nun selbst schwer Unrecht. Denn wahrhaftig sind sie dem Vaterland und der Demokratie stets sehr viel näher gewesen, als ihre heutigen Bußmeister. Hat man je eine Bewegung so elend sich selbst verleugnen sehen — aus lauter Angst, Haltlosigkeit und Streberei! Gibt es da wirklich kein Erwachen?

Daß die *Katholisch-Konservative Partei* auf ihrer Tagung in Luzern die Richtlinien-Bewegung verwarf, verstand sich wohl von selbst. Merkwürdig war, daß *Motta* vor einer Konzentration nach „rechts“ warnte und eine solche nach der „Mitte“ empfahl.

Damit ist diese Losung auch charakterisiert. Denn kann man sich etwas Unklareres, Gedankenloseres vorstellen als dieses Schlagwort: *Konzentration auf die Mitte?* Mitte? Was ist Mitte? Wo liegt sie? Auf diese Frage darf die Richtlinienbewegung keine Antwort geben. Aus guten Gründen.

Man darf ruhig prophezeien: Die Richtlinien-Bewegung wird zu einem raschen großen Fiasko führen. Wegen ihrer innern Unwahrheit. Da hilft wenig, wenn irgendwo in Bern unter ihrem Zeichen ein Regierungstatthalter oder am Bodensee ein Gemeinderat gewählt wird.

Die Richtlinien-Bewegung ist eine Mischung von Gut und Böse. Gut ist das Ziel — wenigstens kann es als gut verstanden werden und gemeint sein — aber falsch der Weg. Kann man das Gleiche von der *Schweizerischen Lehrertagung* sagen, die kürzlich in *Luzern* stattfand? Ihr Thema war die „*staatsbürgerliche Erziehung*“. Es sprachen darüber eine Reihe von Rednern, zum Teil so „prominente“ wie die Professoren *Werner Naef* in Bern und *Paul Häberlin* in Basel. Ich muß mich auf ein paar Bemerkungen beschränken, wo ein Aufsatz am Platze wäre.

Zum Ersten: das Schlimmste an der ganzen Veranstaltung war die *Regie*, die es zustande brachte, daß diese 1000 Lehrer (so viel waren es doch wohl?) nicht nur das über das unmittelbar vorliegende Thema Gefagte ohne Widerspruch schlucken, sondern daß sie auch noch ganz anderes Gut: vor allem den obligatorischen militärischen Vorunterricht und die sog. pädagogische Rekrutenprüfung unbefehlen hinnehmen mußten, als ob es dagegen Widerspruch nicht geben könnte. Das ist eine Irreführung und Vergewaltigung, die fiesam zu der Stützung der Demokratie paßt, von der man doch behauptete, daß sie das Ziel der Tagung und des staatsbürgerlichen Unterrichtes bilde.

In diesem Widerspruch enthüllte sich aber — das ist das Zweite — für jeden, der sehen will — nur zu klar der Sinn und Zweck dieses staatsbürgerlichen Unterrichtes, wie er nun „höheren Ortes“ geplant ist: er bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den Versuch, die Schule in ein System hineinzustellen, dessen Sinn und Zweck kein anderer ist, als die *Erhaltung und Stützung der bürgerlich-kapitalistischen Welt*; anders gewendet: er bedeutet, daß die *Kaserne in die Schule einrückt*. Er bedeutet in summa die vollständige Indienfnahme der Schule für den Staat, der, in vorläufig noch etwas maskierter Form, der *totale Staat* ist. Nicht umsonst hat man sich, ebenso wie man das für die nationale Wehraktion und den obligatorischen militärischen Vorunterricht tut, immer wieder auf das „Beispiel der Nachbarstaaten“ berufen und nicht umsonst beständig die „Koordinierung“ von staatsbürgerlichem Unterricht und militärischem Vorunterricht betont. „Setzen wir neben das Gebot der militärischen Landesverteidigung, wie es in der physischen und Kameradschaftserziehung der Jugend zum Ausdruck kommt, das

Gebot der geistigen Landesverteidigung im Sinne einer gründlichen staatsbürgerlichen Belehrung der Bürger. Setzen wir neben die Forderung der Erziehung des Schweizers zum Soldaten die andere Forderung: die Erziehung des Schweizers zum Staatsbürger.“ „Wir setzen das Postulat nicht anstelle des militärischen Vorunterrichts. Wir setzen den obligatorischen staatsbürgerlichen Unterricht koordiniert neben diesen.“

Zum Dritten: Wenn wir aber davon absehen und annehmen, was wir ehrlicher-weise doch nicht dürfen — daß es sich um einen ernsthaften Versuch handle, unsere Demokratie geistig zu unterbauen, dann wäre die pädagogische Frage zu stellen, ob eine staatsbürgerliche Einbläuerung nicht dem doch reichlich bekannten Gesetz verfallen müsse, daß der Jugend dadurch alles Staatsbürgertum gründlich entleidet würde. Vor allem aber entsteht dann die Frage: Zu *welchem* Staat, *welchem* *Bürgertum* soll denn die staatsbürgerliche Erziehung hinführen? Die Antwort der Referate, aller ohne Ausnahme, ist, wenn man von der Fülle der leeren Worte absieht, unglaublich dürftig. Besser: es wird überhaupt keine Antwort gegeben. Denn wenn einer der Referenten den Inhalt des Schweizertums mit den Stichworten: Föderalismus, Demokratie und Neutralität angibt, so sind das leere Gefäße. Denn weder mit Föderalismus noch mit Demokratie ist an sich etwas gesagt: es kommt darauf an, was in diesen Gefäßen steckt, ob z. B. ein Kantonefentum und eine maskierte Geldherrschaft, oder eine von unten her geistig und sozial aufgebaute Volksfreiheit. Um von der Neutralität vollends zu schweigen! Aber man hütete sich wohl, diese leeren Gefäße mit etwas anderem als mit vagen Worten zu füllen. Und so wird zweierlei klar: diese staatsbürgerliche Erziehung läuft wirklich bloß auf eine Stützung und Verklärung des heute noch herrschenden Systems hinaus, das man „Staat“ nennt, und: es ist infolge einer traurigen Entartung und Entgeistung des Lebens wie der Schule eine große *Leere* entstanden, in die sich der Staat als absolute Macht, auch als Religion und Kirche, setzt.

Viertens. Es entsteht die Frage, *ob die Lehrerschaft sich das bieten läßt*. Denn schließlich ist doch nur ein kleiner Teil derselben in Luzern gewesen. Auch darf man annehmen, daß ein Teil der Anwesenden überrascht und im Ausdruck ihrer Gesinnung gehemmt gewesen sei, falls Diskussion überhaupt möglich war. Man hört etwa, daß ein Teil der Lehrerschaft durch den Gedanken erbaut sei, auf diesem Wege gewinne der Lehrer einen neuen Einfluß. Dem gegenüber werden wir wenig Gewinn für Schule und Lehrer davon erwarten, daß neben den Lehrer der Korporal tritt. Die Schule könnte dabei leicht zugrunde gehen. Aber auch das dünkt mich keine gute Methode, wenn andere Lehrer sagen: „Diese Dinge kommen nun halt, da ist es besser mitzumachen, statt in fruchtloser Opposition dagegen oder daneben zu stehen.“ Diese Methode ist bei uns nur zu beliebt. Man hat auch, anderswo und bei uns, reichlich gesehen, wohin sie führt. Aus dem Mitmachen wird eine Kapitulation. Solchen Mächten gegenüber gibt es nur ein Ja oder Nein.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß einem bedeutenden Teil, dem besseren Teil der schweizerischen Lehrerschaft in Bälde die Augen darüber aufgehen und er sich gegen den Moloch erhebe, dem die Jugend und die wahre Schule geopfert werden sollen.

15. Juni 1937.

Ein Geburtstag. Zum achtzigsten Geburtstag von *Martin Rade* möchte ich doch auch in den „Neuen Wegen“ noch ein Wort sagen, auch wenn es etwas verspätet kommt. Es ist eine ganz besondere Rolle, welche dieser Mann, der namentlich an der „Christlichen Welt“ ein sehr weithin und stark wirkendes Organ für den Ausdruck seines Glaubens und Wollens besaß, in der Geschichte des deutschen Lebens und des Lebens der Zeit überhaupt, besonders in der christlichen Sphäre, gespielt hat. Es ist wegen der Lebendigkeit und Beweglichkeit dieser Rolle nicht leicht, dafür zutreffende Stichworte zu finden. Jedenfalls ist es eine *wohlthätige* Rolle gewesen, die Rolle eines Verstehenden, eines Freien, eines Tapferen, eines Lauteren,

und vor allem auch eines *Gütigen*. Rade ist wohl von Geburt Sachse. Man sagt diesen nach, daß sie den Zug der Güte als Stammesmerkmal besäßen. Er ist bei Rade jedenfalls in besonderem Maße vorhanden und dazu in Licht und Wärme Christi erhöht. Es gehört zu seinem besonderen Wesen, daß bei ihm Mensch und Christ eine erfreuliche Einheit bilden, daß der Mensch Rade durch und durch ein Christ ist und der Christ Rade durch und durch ein Mensch, alles natürlich, selbstverständlich, echt. Eine tiefe, in Christus gründende Frömmigkeit verbindet sich ganz von selbst mit der allergrößten Geistesfreiheit. Auch dieses weite Herz kann zürnen, aber nie lange und nie in unlauterem Feuer. Immer wieder kommt das Verstehen und Geltenlassen. Feinde kennt es nicht. Damit verbindet sich, was gerade bei einer solchen Gemütsart sich nicht von selbst versteht, eine seltene Ehrlichkeit und Sachlichkeit. Intrige, geltenwollender Ehrgeiz, Machtdrang sind in dieser Natur völlig abwesend, selbstverständlich nicht vorhanden, unvorstellbar. Es ist ein helles, warmes, erfreuendes Bild, ein Bild des Friedens und der Freiheit, ein Bild des Gotteskindes und Jüngers Christi — ein Bild der Erquickung.

Auch mit Rade sind wir nicht immer einig gegangen. Der Krieg hat auch uns entzweit. Wir hätten ihn gelegentlich schärfer, kritischer, oppositioneller gewünscht. Aber dann wäre er eben nicht Rade gewesen. Auch er konnte nicht *alles* fein. Auch hat er, was in dieser Beziehung etwa gefehlt haben mag, durch seine mannhaftige Haltung gegen das Hitler-Regime, das ihm (wenn ich nicht irre) als Strafe dafür seine Professur und den Gehalt entzog, reichlich gutgemacht. Denn das ist nun die letzte Erprobung deutscher Menschen. Auch gegen die Dialektiker hat er sich mit einer Energie zur Wehr gesetzt, die nur als Protest seiner Herzensweite und Geistesfreiheit zu erklären ist.

Es ist gottlob noch kein Nekrolog Rades zu schreiben. Nicht einmal ein *Bild* habe ich gezeichnet — dafür brauchte es Zeit und Kunst!! — sondern bloß auf den Mann *zeigen* wollen. Es ist gut, daß man auf solche Menschen zeigt und zeigen kann.

An unsere Leser.

Die Sammlung der „Briefe“ von Emma Pieczynska in französischer Sprache war sehr schnell vergriffen. Eine bald darauf erschienene französische Biographie mit vielen noch unveröffentlichten Briefauszügen (Mad. E. P. Sa vie. Delachaux et Niestlé A.-G.) liegt druckbereit in deutscher Uebersetzung vor. Es liegt nun an dem deutschsprechenden Leserkreis, dafür zu sorgen, daß genügend Bestellungen eingehen, um den Druck dieser deutschen Uebersetzung wagen zu dürfen. Wer sich dafür interessiert und dafür werben will, wird ersucht, sich bei Herrn Pfarrer *Karl von Greyerz* in Wiggiswil (Bern) zu melden.

Aus der Arbeit

I.

Casaja.

Volkshochschulheim für Mädchen, Lenzerheide-See.

Sommerkurse 1937.

- | | | |
|---------------|---|--------------------------------------|
| 17.—20. Juni: | } | Frl. Dr. Ragaz, Zürich: Staatskunde. |
| 24.—27. Juni: | | |
| 2.—9. Juli: | | Frl. Dr. Turnau, Trogen: Hygiene. |
| 12.—19. Juli: | | Frau Meli, Zürich: Literatur. |
| 19.—24. Juli: | | Frl. Dr. Stamm, Zürich: Botanik. |

daß die Luzerner Einmütigkeit ein Trugbild war. Auch im katholischen Lager ist keineswegs alles von diesem neuen „Schulvogt“ begeistert.

Daß auch sonst sich ein Aufrichten des Rückens zeigt, beweist die Ablehnung der *Basler* Universität, sich zur Feier des *Göttinger Jubiläums* unter das Zeichen des Hakenkreuzes zu begeben.

So dürfen wir auf den 1. August hin feststellen, daß das Rütli in der Schweiz doch noch nicht ganz vergessen ist und an die Möglichkeit einer *neuen* Schweiz trotz allem glauben.

21. Juli 1937.

Von der Gemeinde der Verewigten.

Mit herzlichem Kummer müssen wir des Hingangs einer der treuesten und wärmsten Leferinnen der „Neuen Wege“ gedenken. *Marguerite Gobat* war die Tochter des bekannten bernischen Regierungsrates und Nationalrates Gobat, eines pazifistischen Pioniers und Vorkämpfers, der mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Sie erbte von ihm etwas von seinem impulsiven Temperament, es durch weibliche Feinheit und Milde verklärend, dazu feine geistige Unabhängigkeit, und übernahm von ihm den Kampf um den Frieden. Diesem diente sie mit einer Hingabe von seltener Ungebrochenheit, Reinheit und Selbstlosigkeit des Willens, in Lauterkeit und Feurigkeit des Herzens und natürlichem Adel des Gemütes. Sie verstand aber den Frieden als eine ganze Lebensauffassung, die sich in der *Liebe*, und zwar in einer aktiven, dienenden Liebe, vollenden mußte. Mit einer solchen Liebe wendete sie sich besonders verwaisten und sonst verkürzten *Kindern* zu, für die sie in Magglingen, hoch über dem Bielersee, ein Heim gründete. Dieses leitete sie auch in schweren Zeiten mit einem ruhigen, klaglosen, ja fröhlichen Glauben, der manche spezifisch „Fromme“ beschämen konnte. Es war ein Stück Erfüllung dieses Lebens, als sie in den letzten Jahren regelmäßig eine Schar von französischen und deutschen Kindern in ihr Haus aufnehmen durfte, denen die sehr, sehr edle und hochgefürnte Stiftung zweier deutscher Frauen einen solchen Aufenthalt ermöglichte. Begeisterte Dankbarkeit der Kinder wie ihrer Eltern bezeugte, wie trefflich sie diese Aufgabe löste. Und so hat sie auch anderes, noch stilleres Heldentum bewährt. Ganz auf freiem Boden war in ihr eine tiefe Frömmigkeit erwachsen, welche, wie schon angedeutet worden ist, vor allem lebendig und tätig war. Sie bewährte diese auch, als plötzlich die noch sehr rüstige und dem Leben Zugewandte die Krankheit überfiel, der sie so rasch erlegen ist — zur schmerzlichen Bestürzung ihrer Freundinnen und Mitarbeiterinnen, wie ihrer Pflegekinder, aber auch von uns allen, die wir sie gekannt und hochgeschätzt haben. Auch sie wird in unserem Gedächtnis, wie im Gedächtnis vieler, *leuchten*.

Berichtigungen. Im *Juniheft* sind besonders folgende Fehler zu berichtigen: S. 265, Z. 13 von oben, ist „*freilich*“ zu streichen. S. 267, Z. 23 und 24 von oben: „*erleichterte Erledigungen weiterer Interventionen*“. S. 271, Z. 8, von unten: „*Abrüstungsglauben*“ (statt: *Abrüstungsplan*). S. 274, Z. 5 von oben, ist „*uns*“ zu ergänzen. S. 274, Z. 7 von unten, ist zu lesen: „*Mundus vult decipi*“. S. 278, Z. 1 von oben, ist zu lesen: „*Deutschen*“. S. 282, Z. 15 von unten, ist „*ihr*“ zu streichen. S. 282, Z. 1 von unten, ist „*konnte*“ zu lesen (statt „*könnte*“). S. 288, Z. 1 von unten, muß statt „*Salatier*“ „*Sabatier*“ stehen.

Redaktionelle Bemerkungen.

Es sei diesmal besonders darauf hingewiesen, daß die *Chronik* manches enthält, was *wichtig* ist und die Rubrik „*Zur Weltlage*“ ergänzt.

Das „*Gespräch*“ tritt an Stelle einer „*Andacht*“ — es ist so gemeint.

Einige Besprechungen von wichtigen *Büchern* werden sobald als möglich erscheinen.

Dieses Doppelheft dürfte sich wohl gut als Probe-Exemplar zur *Werbung* eignen. Um solche wird freundlich gebeten!